

Kurzbericht

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(42. - öffentliche - Sitzung am 19. August 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Mediengesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11332](#)

Der Unterausschuss nimmt die Vorstellung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen und beginnt mit der vorbereitenden Beratung. Er beschließt, die Landesmedienanstalt um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu bitten, und nimmt in Aussicht, die vorbereitende Beratung in einer seiner nächsten Sitzungen abzuschließen.

2. **Abschließender Bericht nach § 36 Satz 3 des Medienstaatsvertrages über die Ergebnisse der Prüfung „Auslandsstudios des NDR“**
Unterrichtung - [Drs. 19/10849](#)

Der Unterausschuss nimmt eine Unterrichtung durch den Landesrechnungshof entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er beschließt, den Tagesordnungspunkt in einer seiner nächsten Sitzungen wieder aufzurufen und dem NDR im Zuge dessen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

3. **Bericht an die Landesparlamente der Staatsvertragsländer über die wirtschaftliche und finanzielle Lage von Deutschlandradio nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags**
Unterrichtung - [Drs. 19/10961](#)

Der Unterausschuss beginnt mit der vorbereitenden Beratung und beschließt, Deutschlandradio zu bitten, den Bericht in einer der nächsten Sitzungen des Unterausschusses vorzustellen.

4. **Bericht an die Landesparlamente der Staatsvertragsländer über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags**
Unterrichtung - [Drs. 19/10976](#)

Der Unterausschuss beginnt mit der vorbereitenden Beratung und beschließt, das ZDF zu bitten, den Bericht in einer der nächsten Sitzungen des Unterausschusses vorzustellen.

5. **Chancen nutzen und Gefahren begrenzen - für einen verantwortungsvollen Umgang mit Social Media**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/10915](#)

Der Unterausschuss beginnt mit der vorbereitenden Beratung und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zum aktuellen Sachstand.

6. **Terminangelegenheiten**

Der Unterausschuss bespricht Terminangelegenheiten. Er nimmt den 12. und 13. Januar 2027 als Termin für seine parlamentarischen Informationsreise zum ZDF-Sendezentrum in Mainz in Aussicht und bespricht Details dieser Reise. Unter anderem beschließt er, den Besuch als nicht öffentliche Sitzung durchzuführen.